



HESSISCHER LANDTAG

21. 04. 2021

WVA

Berichts Antrag

**Klaus Gagel (AfD), Arno Enners (AfD), Andreas Lichert (AfD),
Dimitri Schulz (AfD), Gerhard Schenk (AfD), Claudia Papst-Dippel (AfD)
und Fraktion**

Energieeinsparverpflichtungssystem

Das Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung (ISI) hat im Auftrag des Umweltbundesamtes unter der Projektnummer 137510 den Abschlussbericht „Mögliche Ausgestaltung eines Energieeinsparverpflichtungssystems (EEOS) für Deutschland“ erstellt und am 26.02.2021 veröffentlicht

→ <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/moegliche-ausgestaltung-eines>

Darin beruft sich das ISI auf Artikel 7 der EU-Energieeffizienzrichtlinie (EED). Der Bericht sieht ein System aus Energieeinsparmaßnahmen vor, die ausnahmslos alle Bürger, alle Unternehmen und alle staatlichen Einrichtung zur Einhaltung von Energieeinsparmaßnahmen verpflichtet. Die wirtschaftspolitischen und sozialen Folgen eines solchen Systems werden nur unzureichend erläutert, denn das System ginge nur auf die „derzeitigen energie- und klimapolitischen Rahmenbedingungen“ ein:

„Aus verteilungspolitischer Sicht führt ein EEOS normalerweise zu einer Erhöhung der Energiekosten, da die Verpflichteten ihre Kosten auf die Endkunden überwälzen. Die möglichen sozialen Folgen sind im Rahmen einer externen Evaluation zu beobachten und ggf. durch gegensteuernde Maßnahmen innerhalb des Systems oder im Rahmen der Sozialpolitik zu kompensieren.“

Die Landesregierung wird ersucht, im Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen (WVA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Wie bewertet die Landesregierung das Konzept des Energieeinsparverpflichtungssystems, vor allem in Hinblick darauf, dass laut Umweltbundesamt eine „hohe Effektivität und Kosteneffizienz des Instruments gewährleistet ist“?
2. Welche Vorteile sieht die Landesregierung in dem vom ISI ausgearbeiteten Energieeinsparverpflichtungssystem?
3. Welche Nachteile sieht die Landesregierung in dem vom ISI ausgearbeiteten Energieeinsparverpflichtungssystem?
4. Wird die Landesregierung ein solches Energieeinsparverpflichtungssystems unterstützen und im Bundesrat befürworten?
5. Welche Energieeinsparziele sind nach Einschätzung der Landesregierung für die hessische Wirtschaft angesichts der Folgen des Corona-Lockdowns volkswirtschaftlich realistisch?
6. Welche Einsparziele erwartet die Landesregierung für Hessen und die unterschiedlichen Sektoren?
7. Welche Kostensteigerungen werden nach Einschätzung der Landesregierung für einen Vier-Personenhaushalt in den nächsten zehn Jahren erwartet, um die Energieeinsparziele gemäß Frage 6 im Rahmen eines EEOS zu erreichen? (Bitte Angaben in Prozent für jedes einzelne Jahr)
8. Welche Mechanismen hält die Landesregierung für geeignet, Bürger und insbesondere sozial Schwache vor einer unangemessenen (Über-)Belastung zu schützen?

9. Wie bewertet die Landesregierung die Gefahr, dass neben den europaweit höchsten Gewerbestrompreisen (exkl. Industrie und energieintensive Unternehmen) und der CO₂-Abgabe ein zusätzliches Energieeinsparverpflichtungssystem zu mehr „Carbon Leakage“, also Produktionsverlagerungen in Ausland, und entsprechenden Arbeitsplatzverlusten führen könnte?

Wiesbaden, 21.04.2021

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Dr. Frank Grobe

Klaus Gagel
Arno Enners
Andreas Lichert
Dimitri Schulz
Gerhard Schenk
Claudia Papst-Dippel